

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10874

"Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen - COM (2016) 128 final - BR-Drs. 114/16"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10874 vom 11.04.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11079 des BU vom 19.04.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11114 vom 20.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016



## Antrag

der Abgeordneten **Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Subsidiarität

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen**

**COM (2016) 128 final**

**BR-Drs. 114/16**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen COM (2016) 128 final, BR-Drs. 114/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

### Begründung:

Für die vorgeschlagene Änderung der Entsenderichtlinie fehlt es an einer Rechtsgrundlage.

Art. 153 Abs. 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) schließt Regelungen des Arbeitsentgelts seitens der Union aus. Art. 153 AEUV verdrängt die von der Kommission genannte Rechtsgrundlage des Art. 62 AEUV i.V.m. Art. 53 Abs. 1 AEUV und sieht im Rahmen der Kompetenzverteilung im Bereich der Sozialpolitik ein klar definiertes System mit deutlichen Grenzen vor. Art. 153 Abs. 5 ist als spezielle Kompetenzausübungsschranke bei der Regelung von Arbeitsbedingungen nach heutiger Fassung der Verträge strikt zu beachten.

Danach sind Bestimmungen, die das Arbeitsentgelt betreffen, und damit der bedeutendste Wettbewerbsparameter einer Harmonisierung durch die Union vollständig entzogen. Um einer Aushöhlung des Art. 153 Abs. 5 nicht Tor und Tür zu öffnen, kann es keinen Unterschied machen, ob ein Rechtsakt der Union unmittelbar die Höhe des Entgelts selbst bestimmt oder aber dies für bestimmte Arbeitnehmergruppen mittelbar dadurch erfolgt, dass ihr Lohn die Höhe des Lohnes einer Vergleichsgruppe erreichen muss. Dafür spricht auch ein Umkehrschluss zu Art. 157 Abs. 3 AEUV. Erklärtes Ziel der COM ist ja gerade, u.a. faktisch bestehende Einkommensunterschiede deutlich stärker als bisher zu nivellieren.

Die zur bestehenden Entsenderichtlinie ergangene EuGH-Rechtsprechung zeigt außerdem auf, dass der damit einhergehende Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit nur in engen Grenzen unter dem Aspekt des Arbeitnehmerschutzes (für entsandte Arbeitnehmer) gerechtfertigt sein kann. Die nunmehr vorgesehenen Änderungen würden über die bisherigen Mindestschutzstandards deutlich hinausgehen.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie  
regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein,  
Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU,  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Drs. 17/10874**

### **Subsidiarität**

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und  
des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäi-  
schen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über  
die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung  
von Dienstleistungen**

**COM (2016) 128 final  
BR-Drs. 114/16**

### **I. Beschlussempfehlung:**

**Zustimmung**

**Berichterstatter: Michael Brückner  
Mitberichterstatter: Dr. Linus Förster**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaan-  
gelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zu-  
gewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag  
nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 40. Sit-  
zung am 19. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmer-  
gebnis:

**CSU: Zustimmung**

**SPD: Ablehnung**

**FREIE WÄHLER: Zustimmung**

**B90/GRÜ: Zustimmung**

**Zustimmung empfohlen.**

**Dr. Franz Rieger**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner, Alex Dörow, Dr. Martin Huber, Alexander König, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Mechthilde Wittmann CSU,**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/10874, 17/11079

### **Subsidiarität**

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen**

**COM (2016) 128 final**

**BR-Drs. 114/16**

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen COM (2016) 128 final, BR-Drs. 114/16, Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Der Landtag schließt sich damit der Auffassung der Staatsregierung an.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei den Beratungen des Bundesrats auf die Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen. Sie wird ferner aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.**

**Anlage 2)**

Bevor ich abstimmen lasse, teile ich Ihnen mit, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner gestrigen Sitzung den Antrag der Abgeordneten Schreyer-Stäblein, Dr. Rieger, Brückner und anderer und Fraktion (CSU), Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Subsidiaritätsangelegenheit – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen von Dienstleistungen", Drucksache 17/10874, zugesimmt hat.

(Unruhe)

– Wir haben Zeit.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wir auch!)

– Danke, es passt schon. – Im Einzelnen verweise ich hierzu auf den für Sie aufgelegten Antrag und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist die Nummer 1 der aufgelegten Liste.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den Voten der einzelnen Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Jetzt komme ich zurück zur Zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Staatsregierung zur Änderung des Lehrerbildungsgesetzes und zum Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/9699, der zum Plenum eingereichte Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/11005 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf der Drucksache 17/10935.

Vorweg ist über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 17/11005 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Satz 1 im neu einzufügenden Artikel 5a Absatz 6 eine neue Fassung erhält. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/10935. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Mai 2016" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zuruf von der CSU: Gibt es jetzt keine Namentliche?)

- Nein, Sie haben für die Schlussabstimmung eine Namentliche beantragt, das ist die dritte Abstimmung. Die kommt erst noch. – Bitte zeigen Sie die Stimmen an, wenn Sie zustimmen möchten. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen?
- Keine Stimmenthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Für die Schlussabstimmung wurde von der CSU eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Fünf Minuten, bitte! – Noch eine Minute!

(Namentliche Abstimmung von 14.19 bis 14.24 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Ich darf Sie bitten, jetzt wieder Platz zu nehmen.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und die Anträge, die jeweils nicht einzeln zu beraten waren, zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Franz Rieger, Michael Brückner u.a. CSU, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Subsidiarität**

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen  
COM (2016) 128 final  
BR-Drs. 114/16  
Drs. 17/10874, 17/11079 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Verfassungsstreitigkeit**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2016  
(Vf. 13-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des Art. 3 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBI S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI S. 178),
  2. des § 13 der Wahlordnung für Landtagswahlen, Volksbegehren und Volksentscheide (Landeswahlordnung – LWO) vom 16. Februar 2003 (GVBI S. 62, BayRS 111-1-1-I), zuletzt geändert durch Art. 10 a Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBI S. 178)

PII/G 1310.02-0013

Drs. 17/10932 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**CSU****SPD****FREIE WÄHLER****GRÜ****Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Studie über das Unrecht der Heimerziehung und die Folgeschäden bei den ehemaligen Heimkindern in Bayern  
Drs. 17/8400, 17/10782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

**CSU****SPD****FREIE WÄHLER** ENTH**GRÜ**

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Alternativen zur Heimunterbringung für pflegebedürftige ehemalige Heimkinder –  
Spezialisierte Beratungsangebote und ambulant betreute Wohnmöglichkeiten  
sicherstellen  
Drs. 17/8402, 17/10875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmehr,  
Kathi Petersen u.a. SPD  
Inklusion jetzt: Lehrerbildung im Zeichen der Inklusion  
Drs. 17/8714, 17/10895 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausweitung der Sondermaßnahme für die Lehrkräfteversorgung auch für Schulen  
in freier Trägerschaft  
Drs. 17/9349, 17/10896 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD  
Pflegenotstand entgegenwirken - Potenziale von Migrantinnen und Migranten nutzen  
Drs. 17/9795, 17/10892 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bedarfsermittlungsstudie zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und Kinder in Bayern unverzüglich vorlegen.  
Drs. 17/9834, 17/10876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Managementpläne der Natura 2000-Gebiete veröffentlichen  
Drs. 17/9812, 17/10884 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Chancen für Bayerns Milcherzeuger nutzen – Installation eines "Weidemilchlables" vorantreiben  
Drs. 17/9841, 17/10900 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Gefahren für die Honigbiene durch Pflanzenschutzmittel mit den Wirkstoffen  
Sulfoxaflor bzw. Flupyradifuron  
Drs. 17/9845, 17/10901 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,  
Georg Rosenthal u.a. SPD  
Verzögerung der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz  
Drs. 17/9855, 17/10899 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Nein heißt nein! – Strafbarkeitslücken im Sexualstrafrecht schließen  
Drs. 17/9918, 17/10908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter,  
Erwin Huber u.a. CSU  
Bericht über Angebotsverschlechterung bei Regionalzügen auf der Strecke nach  
Lindau  
Drs. 17/9976, 17/10898 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer u.a. CSU  
Hochwasserschutz und Grundwasserspiegel stärken – mehr Wasser in den Wäldern versickern lassen  
Drs. 17/9990, 17/10885 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)  
Mantelverordnung – bayerische Praxis bei der Verfüllung beibehalten  
Drs. 17/10009, 17/10886 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	A

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neue Berechnungsmethode für Flächenverbrauch  
Drs. 17/10151, 17/10888 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Inklusion vorantreiben – Bilanz der schulartunabhängigen Beratung  
Drs. 17/10156, 17/10893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Angelika Schorer,  
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Bayerischer Naturschutzfonds I –  
Mittelausstattung und Mittelverwendung sowie Zahlen zur Förderung  
des Flächenerwerbs  
Drs. 17/10172, 17/10889 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias,  
Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)  
Bücherverkauf des Museums Otto Schäfer in Schweinfurt  
Drs. 17/5720, 17/10920

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

21. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner,  
Georg Rosenthal u.a. SPD  
Begleitung der kommentierten Ausgabe von "Mein Kampf"  
Drs. 17/6174, 17/10921

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

22. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a.  
SPD  
Aufnahme in die FOS 13 auch mit Notendurchschnitt bis 3,0  
Drs. 17/7158, 17/10894 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Lohndumping in staatlicher Verantwortung stoppen –  
Wissenschaftliche Volontariate angemessen entlohen!  
Drs. 17/7653, 17/10757

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**